

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

19.1.1875 (No. 15)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. Januar.

№ 15.

Voranszahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschreibungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1875.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Jan. Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin von Hamilton, Prinzessin von Baden, und ihre Tochter, Ihre Durchlaucht die Erbprinzessin von Monaco, sind heute Nachmittag von Baden hier eingetroffen, um an dem heute Abend im Großherzoglichen Schlosse stattfindenden Kammerball Theil zu nehmen.

Karlsruhe, 18. Jan. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 2 vom 14. Jan. enthält eine Bekanntmachung des Handelsministeriums: das Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches, hier die mit 1. Januar d. J. in Kraft getretene Postordnung betreffend.

* **Berlin, 16. Jan.** Der Wortlaut der Eröffnungsrede im preussischen Landtag ist folgender:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Se. Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erteilen gerührt, den Landtag in Allerhöchster ihrem Namen zu eröffnen. Um den Bestimmungen der Verfassungsurkunde zu entsprechen, mußte die Berufung des Landtages erfolgen, bevor die Session des Reichstages beendet werden konnte. Die Gemeinsamkeit patriotischen Strebens, welche die beiden Parlamente verknüpft, wird die Schwierigkeiten des vorübergehenden gleichzeitigen Tagens überwinden helfen.

Die Lage der Finanzen ist ungeachtet des Druckes, welcher leider auf vielen Zweigen des Handels und der Industrie lastet, eine befriedigende. Dem Haushalte des Staates kommt es jetzt zu gute, daß in den letzten Jahren inmitten einer ungewöhnlichen Fülle finanzieller Mittel neben den reichen Verwendungen zur Förderung der idealen und materiellen Interessen des Landes und neben den Maßregeln zur Erleichterung der Steuerleistungen der Bevölkerung zugleich auf die Verwendung großer Summen zur Verminderung der Staatsschuld Bedacht genommen worden ist, und vornehmlich, daß bei den Anschlägen der Staatseinnahmen die Wahrscheinlichkeit eines Minderertrages einzelner Einnahmezweige im Voraus berücksichtigt worden ist. Die Vorausschläge des Jahres 1875 ergeben daher, wiewohl bei den Einnahmen an Steuern die Ausfälle hervorreten, welche durch die Steuerreformen und Erlasse verursacht werden, doch im Vergleich zu dem vorigen Jahre im Ganzen keinen Rückgang. Da ferner das Jahr 1873 bei seinem Abgange einen erheblichen Ueberschuß geliefert hat, so lassen die zur Verfügung stehenden Mittel es zu, auch für das Jahr 1875, da wo sich ein Bedürfnis zur Steigerung des Staatsaufwandes gezeigt hat, den Anforderungen gerecht zu werden.

Aus dem Staatshaushalts-Etat, welcher Ihnen unverzüglich zugehen wird, werden Sie sehen, daß zur Verbesserung des Einkommens der Geistlichen und der Elementarlehrer, zur Förderung von Kunst und Wissenschaft, zur weiteren Entwicklung und Hebung des Unterrichts in allen Zweigen, zur Verbesserung und Erweiterung der Eisenbahnanlagen des Staates, der Häfen, der Land- und Wasserstraßen und zur Förderung von Ackerbau und Viehzucht bedeutende Verwendungen in Vorschlag gebracht sind.

Die weitere Durchführung der inneren Verwaltungsreform, die Vervollständigung der Einrichtungen kommunaler Selbstverwaltung, wird ihre Thätigkeit in dieser Session in umfassender Weise in Anspruch nehmen. Die Staatsregierung wird Ihnen die Entwürfe von Gesetzen vorlegen, durch welche der mit der Kreisordnung begonnene Bau zunächst im Geltungsbereiche der letzteren zu einem einheitlichen Abschlusse geführt werden soll.

Mit dem Entwurfe der Provinzialordnung, welcher Ihnen erneut vorgelegt werden wird und an welchen sich ein Entwurf wegen Bildung einer besonderen Provinz Berlin anschließt, steht die Vorlage über die Dotation der Provinzen in engem Zusammenhange, deren endgiltige Erledigung im dringenden Interesse der Provinzen und des Staates liegt. Die Einrichtung der Verwaltungsjustiz, für welche im Gebiete der Kreisordnung in den Kreisaußenstellen und den Bezirks- und Verwaltungsgerichten der Grund gelegt ist, soll durch einen Gesetzentwurf über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Einrichtung eines Ober-Verwaltungsgerichts eine weitere Ausdehnung und den entsprechenden Abschluß finden.

Die volle Durchführung der Verwaltungsreorganisation in denjenigen Provinzen, in welchen dieselbe mit der Kreisordnung bereits erfolgreich begonnen ist, wird zugleich einen sicheren Anhalt für die entsprechenden Reformen in den übrigen Theilen der Monarchie darbieten, wozu die gesetzgebenden Vorarbeiten gleichfalls in vollem Gange sind.

In Betreffung ihrer, der Landeskultur zugewandten Fürsorge ist die Regierung Sr. Maj. des Königs mit der Revision der bestehenden Aufzuchtungs-Gesetzgebung, sowie mit der Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter beschäftigt. Ueber die Bildung von Waldgenossenschaften, über Schutzwaldungen und über die Unterdrückung der Viehsuchen werden Ihnen die Entwürfe von Gesetzen vorgelegt werden, durch welche fühlbaren Bedürfnissen der Landeskultur abgeholfen werden soll.

Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Landwege ist bereits seit langer Zeit allgemein anerkannt worden. Einer Regelung dieser Angelegenheit stand bisher der Mangel geeigneter Organe der Selbstverwaltung entgegen. Nachdem inzwischen dieser Mangel durch den Erlaß der Kreisordnung im Wesentlichen beseitigt ist, wird Ihnen der Entwurf einer Begeordnung und eines Gesetzes betr. die Anlegung und Bebauung von Straßen und Plätzen vorgelegt werden. Die Verwaltung des gesammelten Chaussee- und Wegebau-Befens, die Fürsorge für Chaussee-Kantanten und die Unterstützung der Reife und Gemeinden bei Wege-

bauten wird im Zusammenhange mit der Ueberweisung von Dotationsfonds an die Provinzialverbände auf diese übertragen werden.

Als ein dringendes Bedürfnis hat es sich herausgestellt, auch den katholischen Kirchengemeinden Gelegenheit zu geben, ihre Interessen bei der Besorgung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch gewählte Organe wahrzunehmen. Ein zu diesem Zwecke vorbereiteter Gesetzentwurf wird Ihnen baldigst zugehen.

Der in der vorigen Sitzungsperiode nicht erledigte Entwurf einer Vormundschaftsordnung wird Ihnen von neuem zur Berathung vorgelegt werden.

Meine Herren! Die Aufgaben, zu deren Lösung die Regierung Seiner Majestät Ihre Mitwirkung erbittet, sind überwiegend von grundlegender Bedeutung für die gesammte Fortbildung unserer Gesetzgebung. Die Staatsregierung legt daher den größten Werth darauf, diese zunächst von ihr in Aussicht genommenen Reformen durch das vertrauensvolle Entgegenkommen der beiden Häuser des Landtages in der bevorstehenden Session zum Abschlusse zu bringen. Sie rechnet auf Ihre bewährte patriotische Hingebung.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich hiermit die Session des Landtages für eröffnet.

— **Berlin, 16. Jan. Sitzung des deutschen Reichstages.**

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Dr. Leonhardt, Delbrück, v. Freyburg, Dr. v. Friedberg, Dr. v. Müller u. A.

Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.

Die Diskussion beginnt bei Abschnitt 4 (Form und Beurkundung der Eheschließung).

§ 40 lautet: „Innerhalb des Gebietes des Deutschen Reichs kann eine Ehe rechtsgiltig nur vor dem Standesbeamten geschlossen werden.“

Die Abgg. Dr. Mousfang u. Gen. beantragen: statt der Worte „Ehe rechtsgiltig“ zu setzen: „bürgerlich gültige Ehe“.

Abg. Dr. Westermeyer beantragt, daß der Gesetzentwurf von allen Konfessionen absehe und die Kirche auch in Ehesachen ganz ausgeschlossen werden solle. Man scheine davon auszugehen, daß der Verfall der Religiosität bereits im Deutschen Reiche überhand genommen; sein engeres Vaterland, Bayern, müsse er jedoch vor dem Vorwurfe der Irreligiosität in Schutz nehmen. Der Vater dieses § 40 sei der Zeitgeist, das aber sei der Geist der Welt, die Mutter sei die Loge (große Heiterkeit), als Pathe desselben trete der omnipotente, moderne Staat auf. Der § 40 sehe außerordentlich zahm aus, aber jedensfalls sehe in der Absicht der Kirche, daß der Staat die Kirche nicht mehr brauche, denn der Staat nehme nicht einmal mehr Notiz vom Sakrament der Ehe. Ja, der Gesetzentwurf gehe noch weiter, denn nach den Bestimmungen desselben erhalte der Staat sogar das Recht, gegen die Kirche mit Strafanträgen vorzugehen, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch macht und einen Priester aus ihrer Mitte ausschließt, der in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte nach diesem Gesetze eine Ehe eingeht. Dadurch werde auf die Verletzung kirchlicher Vorschriften gewissermaßen eine Prämie gesetzt; der § 40 sei als ein Zugmittel zu betrachten, um die Priester von ihren Pflichten gegen die kirchlichen Vorschriften zu entfernen. Und zu alle dem habe die bayrische Regierung mit einer Hast, mit einem Eifer die Hand geboten, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

Bayrischer Staatsminister Dr. v. Jänigle: Er wolle auf die persönlichen Angriffe des Redner nicht eingehen, auch sei ihm von der Natur die Gabe nicht verliehen, auf eine so witzige und launige Weise zu antworten, wie sie dem Hrn. Redner eigen sei. Er, Redner, habe auch demjenigen, was er unlängst über diesen Gegenstand bereits gesagt, nichts weiter hinzuzufügen, aber protestiren müsse er dagegen, als liege es in der Absicht der bayrischen Staatsregierung, das Volk zu entchristlichen. Wenn man den Redner höre, so sollte man glauben, daß wenn das vorliegende Gesetz ausgeführt werde, Alles aus den Jügen gehen müsse. Die obligatorische Civilehe bestehe aber bereits in zwei Dritteln Deutschlands, in Preußen, in der Rheinprovinz, in der Pfalz, in Frankreich, Belgien, Italien u. zu Recht und sei er überzeugt, daß wenn man die katholischen Priester dieser Staaten fragen wollte, sie antworten würden, daß sie froh seien, die Civilehe zu haben. (Widerspruch im Centrum.) Man dürfe sich daher nicht wundern, daß die bayrische Regierung auch ihrerseits diesem Gesetzentwurf zugestimmt hat. — Redner weist sodann noch den Vorwurf zurück, als sei von ihm in dem Ausschusse der Kammer des bayrischen Reichstages eine Erklärung abgegeben worden, daß vor Emanation des deutschen Civil-Gesetzbuchs an die Einführung der Civilehe in Bayern nicht zu denken sei.

Abg. v. Müniglerode befürwortet den Mousfang'schen Antrag zur Annahme.

Abg. Frhr. v. Frankenstein bemerkt, daß so viel ihm aus den Verhandlungen des bayrischen Reichstages, dessen Mitglied er sei, erinnerlich, der Minister v. Jänigle allerdings sein Wort nicht gegeben habe, daß die Einführung der Civilehe in Bayern durch die Reichs-Gesetzgebung nicht zu erwarten sei. So viel er wisse, habe der Minister nur gesagt: es sei nicht möglich, dafür Garantien zu geben, daß nicht Spezialgesetze von Seiten des Reichs erlassen werden, doch sei er, der Minister, der Ansicht, daß bei dem innigen Zusammenhange der Gesetzgebung mit dem bürgerlichen Rechte der Erlaß eines Civil-Gesetzes vor Emanation des deutschen Civil-Gesetzbuchs nicht zu denken sei.

Abg. Frhr. v. Arretin bestätigt im Allgemeinen die Angaben des Redners, bleibt jedoch im Zusammenhange unverständlich.

Minister v. Jänigle nimmt zur Bestätigung seiner Behauptung

auf eine Rede Bezug, welche von einem hervorragenden Mitgliede des Ausschusses des bayrischen Reichstages gehalten, und in welcher ausdrücklich betont wird, daß man nicht vergessen dürfe, daß dem Reichstage auch die Initiative der Gesetzgebung zufalle, und er deshalb je nach der Zeitströmung bald in dieser, bald in jener Frage in der bürgerlichen Gesetzgebung vorgehen werde. Im Uebrigen sei er, der Minister, von München aus ermächtigt, hier zu erklären, daß die Herren in München seiner Rede keinen andern Sinn unterlegt hätten, als denjenigen, den er hier vorzutragen die Ehre gehabt habe. — Nachdem sodann noch Abg. Dr. Ginschins den Antrag Mousfang bekämpft, wird die Diskussion geschlossen, und nach Ablehnung des Amendements Mousfang § 40 in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 91 Stimmen unverändert angenommen; ebenso werden §§ 41 bis 43 unverändert genehmigt.

§ 44 enthält die Bestimmungen über die Erfordernisse zur Anordnung des Aufgebots durch die Standesbeamten. — Auf den Antrag des Abg. v. Schulte wird nach kurzer Debatte das letzte Alinea dieser Paragrafen: „Die Landesregierungen können die Anordnung des Aufgebots von einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig machen“ gestrichen.

Bei § 45 (Bekanntmachung des Aufgebots) richtet Abg. Dr. Weyerspergen an die verbündeten Regierungen die Anfrage, wo das Aufgebot der wandernden Künstler und Schauspielerei stattfinden habe, im Gesetz sei davon nichts enthalten. — Bundeskommissar Stögel erwidert, daß allerdings Bestimmungen darüber im Gesetze nicht enthalten seien, es solle vielmehr den Standesbeamten überlassen bleiben, nach vernünftigen Grundsätzen dabei zu verfahren.

§ 45 wird darauf angenommen; desgleichen nach längerer Debatte die folgenden §§ 46–54 (Schlußparagrafen des Abschnitts IV.) ebenfalls in der Fassung der Regierungsvorlage.

Dann wird die Sitzung auf Montag 2 Uhr vertagt.

† **Berlin, 16. Jan. Herrenhaus.** Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt 84 Anwesende, sodann ein beschlußfähiges Haus. Bei der Wahl des Präsidiums wird Graf Stolberg mit 86 von 87 Stimmen zum Präsidenten, v. Bernuth mit 46 Stimmen zum ersten, Haselbach mit 57 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die Schriftführer werden durch Akklamation gewählt. Nächste Sitzung Montag.

* **Berlin, 16. Jan.** Der Bundesrath hielt heute Vormittag 11 Uhr im Reichstags-Hause eine Plenarsitzung, unter dem Vorsitz des königl. bayrischen Justizministers Dr. v. Jänigle. Einziger Gegenstand der Berathung war die Konkursordnung und das dazu gehörende Einführungs-gesetz. Der Entwurf wurde nach dreistündiger Berathung, ohne wesentliche Aenderung nach den Ausschüßanträgen angenommen und wird sofort an den Reichstag gelangen, welcher nunmehr jedenfalls noch vor dem Schluß der Session über die geschäftliche Behandlung der Vorlage entscheiden kann. Die Wahlung zu der permanenten Justizkommission des Reichstages sind bereits provisorisch festgestellt, und die in einigen Fraktionen noch ausstehenden endgiltigen Festsetzungen werden daran nichts ändern. Hiernach werden in die Kommission gewählt werden Seitens der National-Liberalen: Bähr (Kassel), Becker (Oldenburg), Gaupp, Gneiff, Laßer, Marquardsen, Miquel, v. Buttamer (Frankfurt), Simson, Struckmann, Böll, Wolffson; von der Fortschrittspartei: Klotz, Herz, Jinn; vom Centrum: Reichensperger (Dlpe), Forcade de Biaix, Bernards, Hauck, Meyer (Donauwörth), Kräger, Lieber, Pfafferoth; von der Reichspartei: Dr. Schwarze, Thilo; von den Konservativen endlich v. Malgahn-Gültz, Schöning. — Heute Mittag fand die Berathung der Reichskommission für die Reichs-Medizinalstatistik statt, und zwar unter dem Vorsitz des Direktors des kgl. preuss. statistischen Bureaus, Geheimrath Dr. Engel. Der Bericht wurde genehmigt, und seine sofortige Ueberweisung an den Bundesrath beschlossen. — Dem Herrenhause sind an Vorlagen zugegangen: 1) über Auflösung des Lehnsverbandes in der Kurmark, Altmark und Neumark; 2) über den Rechtszustand in dem Kommunionsgebiet im Unterharz; 3) über das Vormundschaftswesen; 4) über die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger und die Aufhebung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Dem Abgeordnetenhause werden Vorlagen erst nach der Konstituierung zugehen. Der preussische Staatshaushalts-Etat ist gestern vom Kaiser vollzogen worden. Derselbe balancirt in runder Summe mit 619 Millionen Mark. In Ansehung der Mehrforderungen ist das landwirthschaftliche Ministerium zumeist bedacht.

† **Berlin, 16. Jan.** Bei der zweiten Lesung des Bankgesetzes strich die Kommission zu § 10 die Proz. Steuer ungedeckter Banknoten und erhöhte nach den Anträgen Vornbühlers die Kontingenzirungsziffer von 380 auf 385 Millionen. Der Mehrbetrag von 5 Mill. soll den Banken von Bremen, Lübeck und Hannover zugewandt werden. Ferner wurde der Barren-Goldpreis allenthalben auf 1392 (statt 1292 1/2) fixirt und die Verpflichtung, Privatbanknoten in Städten über 100,000 Einwohner in Zahlung zu nehmen, zu § 19 wieder hergestellten. In § 21 wurde die Steuerfreiheit der Reichsbank von Kommunalsteuern gestrichen, zu § 24 beschlossen, nach Zahlung von 8 Proz. an die Aktionäre an letztere nur noch 1/4 des Reingewinns zu vertheilen. Heute Abend Fortsetzung.

† **Posen, 16. Jan.** In der Disziplinaruntersuchung gegen 5 geistliche Beamte des erzbischöflichen Konvikts, welche nach Uebnahme der Verwaltung des Kirchenvermögens durch die Staatsbehörden den Dienst einstellten, erkannte das Regierungsplenum auf Dienstentlassung wegen Verletzung der Amtspflichten.

† **Strasburg, 17. Jan.** Namens einer „Gruppe“ von hiesigen Einwohnern erhebt sich heute im „Eis. Journal“ bereits eine unbekante Stimme gegen das jetzt vorliegende Projekt der Stadterweiterung, da die Stadt Strasburg außer Vermögen sei, die geforderten Ankaufskosten des Terrains innerhalb zehn Jahren anzubringen. Es eile überhaupt nicht mit der Erweiterung, mit der man ja noch warten könne, bis Strasburg zur großen Handelsstadt herangewachsen sei. Andere Leute hatten bisher gemeint, die Vorbedingung für das Heranwachsen wäre eben die Stadterweiterung. Das „Eis. Journal“ selbst hat in der Frage noch keine eigene Ansicht geäußert und theilt die oben erwähnte Einwendung mit, weil es gut scheine, in so wichtiger Sache verschiedene Meinungen zu hören. Wenn wir Eingewanderte allerdings gleichfalls in dieser Angelegenheit sehr theilhaftig sind, so wird es doch vielleicht gut sein, den Wortstreit die Strasburger allein ausfechten zu lassen. Wie schon erwähnt, gibt es eben auch noch andere Strasburger, welche nicht Lust dazu haben, daß für ihre Stadt das Maß der versäumten Gelegenheit übertroffen werde. Ganz haltlos ist dann noch der auch bei diesem Anlasse wiederkehrende Jammer nach einer regelmäßigen Stadtvertretung. Indem sie dem Geetze fügsam waren, konnten die früheren Gemeindevorsteher ganz gut an ihrer Stelle bleiben. Ein irgenwie nachrücklicher Wunsch, eine gesetzmäßig organisierte und ihrer Machtphäre bewußte neue Gemeindevorstellung einzusetzen, ist unseres Wissens noch niemals, auch nicht im unterlassigen Bezirkstage, geäußert worden.

Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 16. Jan.** In dem Abgeordnetenhause interpellierte Moricz den Ministerpräsidenten in der Bankfrage und verlangte Namens aller Parteien eine selbständige ungarische Notenbank im Interesse des ungarischen Handels, der ungarischen Landwirtschaft und selbst der österreichischen Nationalbank, welche heute im Stande wäre, eine selbständige ungarische Bank zu errichten. Redner zieht eine friedliche Lösung vor und fragt, ob die Regierung noch in dieser Session eine bezügliche Vorlage unterbreiten wird.

Schweiz.

† **Bern, 16. Jan.** Auch die Thurgauer und die Argauer Regierung genehmigten den Beschluß der Baseler Diözesanversammlung betr. die Aufhebung des Domkapitels des Bisthums Basel.

† **Bern, 17. Jan.** Der große Rath des Kantons Neuchâtel hat den Rückkauf der Jura-industriell-Bahn durch den Staat beschlossen.

Frankreich.

△ **Paris, 16. Jan.** Die gemäßigten Rechte (Partei Colbert) hielt gestern mit dem rechten Centrum unter dem Vorsitz des Hrn. Vocher eine Konferenz, in welcher die beiden Gruppen einen letzten Versuch machen wollten, sich für die bevorstehende Debatte über die konstitutionellen Gesetze zu verständigen. Der Herzog von Audiffret-Pasquier sprach aber gleich im Beginn der Unterredung die Ueberzeugung aus, daß es unmöglich sei, die alte Majorität vom 24. Mai wieder herzustellen. Die Nationalversammlung dürfe ihr am 20. November gegebenes Versprechen, die öffentlichen Gewalt zu organisieren, nicht zurücknehmen, selbst wenn diese Organisation eine Bestätigung der Republik in sich schloße. Bis zum November 1880 bleibe Frankreich eine Republik, das sei nun einmal nicht zu ändern. Der Unterschied sei nur der, daß diese Republik, wenn man die konstitutionellen Gesetze ablehne und den Status quo beibehalte, keine zwei Kammern und auch sonst keine konservativen Garantien haben werde. Darum sei es ganz möglich, jetzt noch zwischen persönlichem und unpersonlichem Septennat zu unterscheiden; man organisiere die Republik auf sechs Jahre, nach deren Ablauf doch ein Kongress die Verfassung revidieren wird, daher die Monarchisten für die Zukunft keine ihrer Hoffnungen aufzugeben brauchen. Der Herzog von Broglie unterstützte, wenn auch in minder lebhaftem Tone, diese Ausführungen seines Freundes. Man ging mit dem Eindruck auseinander, daß zwischen der strengen Rechten und dem rechten Centrum ein unheilbarer Riß besteht.

In Verfolg der gestern zwischen der gemäßigten Rechten und dem rechten Centrum abgehaltenen Konferenz trat auch die äußerste Rechte (Partei der Réservoirs) heute zu einer Beratung zusammen, in welcher auch einige Vertreter der übrigen konservativen Parteien gewissermaßen als Parlamentäre theilnahmen. Die Mitglieder der äußersten Rechten kamen noch einmal überein, nicht nur die Ausrufung der Republik, sondern auch die Durchführung des unpersonlichen Septennats abzulehnen; die meisten Mitglieder der Partei sind sogar, wie Hr. Lucien Brun konstatiert, nach wie vor entschlossen, zu keinerlei Organisation der Gewalten des Marschalls die Hand zu bieten. Der „Français“, das Organ des Herzogs v. Broglie, schreibt: „Die Sitzung des Abgeordnetenhauses unter Hrn. Depétre (den man allgemein als den künftigen Justizminister bezeichnet) haben in Privatgesprächen für den Fall, daß die konstitutionellen Gesetze nicht durchdrängen, die Idee einer gewissen, in lange Fristen vertheilten partiellen Erneuerung der Nationalversammlung in Anregung gebracht. Nach diesem System soll die Kammer alle zwei Jahre ein neues Drittel aufnehmen, so zwar, daß das letzte Drittel gerade beim Ablauf der Gewalten des Marschalls im Jahre 1880, erneuert würde, indem man erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1876 mit dem Wechsel begänne; zwischen den drei Erneuerungen sollen dafür keine partiellen Wahlen ausgesprochen werden. Ehe wir uns über dieses fürreiche System äußern, wollen wir abwarten, bis es mehrere Formen angenommen hat. Auf alle Fälle bezeichnet man dieses Sy-

stem mit Unrecht als das Programm des neuen Kabinetts. Erstlich besteht, was man auch des Gegenheils behaupten mag, das neue Kabinet noch gar nicht und bestünde es, so könnte es doch vor dem noch so dunklen Ausgange der Verfassungsdebatte überhaupt kein Programm aufstellen. Endlich haben die Staatsmänner, von denen man allgemein glaubt, daß sie diesem Kabinet angehören sollen, noch kein Wort geäußert, aus welchem man den Schluß ziehen könnte, daß sie geneigt wären, sich diesem System der partiellen Erneuerung anzuschließen.

Die noch nicht glaubwürdig bestätigte Nachricht von der Ausschiffung deutscher Truppen zu Baranz, durch eine Depesche der „Daily News“ hierher gelangt, welche hinzusetzt, daß morgen auch die deutschen Korvetten „Luisa“, „Herta“ und „Auguste“ vor Guetaria erscheinen sollen, hat die hiesige Presse sichtlich sehr verblüfft und einige Blätter wollen ihr noch gar keinen Glauben schenken. Die karlistische „Union“ freilich versichert, daß dieses Ereigniß sie nicht im geringsten erschrecke.

Die mehr oder weniger eingedrungene oder verhällte deutsche Intervention, sagt sie, kann nur die neue Regierung bloßstellen, indem sie den Patriotismus der Spanier gegen dieselbe aufbringen wird. Wie der „Constitutionnel“ erst gestern sagte, Deutschland müßte, wenn es die Karlisten in den von ihnen besetzten Provinzen ernstlich bekämpfen wollte, 80,000 Mann ausschiffen und in Schlachtordnung stellen. Bis jetzt hat es aber in Baranz nur 100 Mann angeschickt. Freilich ist das schon genug, um das spanische Landesgebiet zu verletzen und die eben in Madrid eingesetzte Regierung für diese Verletzung mit verantwortlich zu machen. Die Nation wird diese Schmach empfinden, und die Männer des neuen Regimes müßten sehr verblendet sein, wenn sie sich zu einem solchen Bestande des Auslandes Glück wünschten.

Nach der Ansicht der „Liberté“ fällt alle Schuld für den Zwischenfall von Guetaria auf Deutschland, weil es den „Nautilus“ und „Albatros“ abberufen hätte, ohne Spanien Zeit zu lassen, für anderweitigen Schutz seiner Küsten zu sorgen. „La Presse“ findet die Nachricht sehr bedenklich; man könne in der Ausschiffung nichts Anderes, als die Ergreifung eines Pfandes und einen Akt offener Feindseligkeit erblicken, daher die Bestätigung noch abzuwarten sei.

△ **Paris, 17. Jan.** Der „Figaro“ und der „Gaulois“ hatten in ihrem vorgestrigen Blatte die Entschlebung der Nationalversammlung zu Gunsten der vier Kompagnien in ihrer Weise verhöhnt, Hr. Saint-Genest vom „Figaro“ in einem: „Eine Stimme Majorität“ überschriebenen Artikel, in welchem er, übrigens gegen alle Wahrheit, versicherte, daß die Offiziere über den Beschluß der Kammer ganz außer sich wären, Hr. Gaston Jolivet vom „Gaulois“ in einem Aufsatze, den er spöttisch: „der General Assemblée“ überschrieb. Diese Angriffe kamen im Minister-rathe zur Sprache und einige Minister wollten über den „Figaro“, der unter konservativer Maske die Nationalversammlung systematisch anschwärtzt, eine neue Suspension von 14 Tagen verhängt wissen; man begnügte sich aber schließlich damit, beiden Blättern *mutatis mutandis* folgende Verwarnung zu ertheilen:

Der „Figaro“ hat in seinem Blatte unterm 15. d. M. unter dem Titel: „Eine Stimme“ einen Artikel veröffentlicht, welcher gegen die Nationalversammlung Unterstellungen enthält, die von der Regierung nicht gebildet werden können. Derselbe ist entschlossen, die strengsten Maßregeln gegen jedes Blatt zu ergreifen, welches sich in Zukunft Angriffe gegen Gewalt erlauben würde, die respektiert werden müssen, nämlich gegen die Nationalversammlung und den Präsidenten der Republik.

Bis heute Mittag hatte man weder in der deutschen, noch in der spanischen Botschaft, noch im Auswärtigen Amte eine Bestätigung der Nachricht, daß die Mannschaft des „Nautilus“ an der spanischen Nordwest-Küste an's Land gestiegen wäre und Baranz besetzt hätte. An allen drei Stellen, können wir hinzufügen, hielt man diese Meldung aus äußeren und aus inneren Gründen für höchst unwahrscheinlich, wenn nicht geradezu ungläublich. Selbst im Falle einer neuen Provokation der Karlisten hätte der „Nautilus“ sicher nur Schüsse mit Schüssen erwidert, aber nimmermehr seiner kleinen Bemannung, ohne wenigstens die Ankunft weiterer Streitkräfte abzuwarten, an's Land gesetzt. Auch ist offiziell festgestellt, daß diese Korvette am 15., also einen Tag nach der angeblichen Landung, von Guetaria wieder in Santander eingetroffen ist; danach hätte sie also noch obendrein die ausgeschickten Soldaten in Baranz einfach ihrem Schicksal überlassen. Kurz, die Nachricht, welche gestern die diplomatische Welt von Paris in nicht geringe Bewegung versetzt hatte, muß lediglich auf einem Mißverständnis beruhen. — Die legitimistischen Blätter veröffentlichten ihrerseits folgendes groteske Telegramm:

Bayonne, 16. Januar, 5 Uhr Nachmittags. Nichts bestätigt die angebliche Ausschiffung von hundert Preußen bei Baranz. Uebrigens hätten die Karlisten Gewalt mit Gewalt zurückgewiesen. Weder tausend noch zehntausend Preußen könnten sich in einer unserer Küstendörfer festsetzen. In dem wenig wahrscheinlichen Falle einer direkten Einschiffung dürfte der Stern des Hrn. v. Bismarck leicht in Spanien erbleichen, wie ehemals der Stern Napoleon I. Das von Hrn. Lindau angenommene Protokoll ist im Widerspruch mit den Dankausagen, welche die Mannschaft der Brigg „Gustave“ für die ihr in dem karlistischen Spanien gewordene Aufnahme an unsere bürgerlichen und Militärbehörden gerichtet hat. Dieses Schiff wäre, obgleich es mit Petroleum beladen war, seinen Eigentümern wieder gegeben worden, wenn dieselben, wie nur recht und billig ist, den Zoll bezahlt hätten. Die Geschichte, daß der Marschall Esco das Gefährte gethan hätte, niemals die Waffen gegen den Sohn der Donna Isabel zu führen, wird als eine Fabel bezeichnet.

† **Verailles, 16. Jan.** Die Nationalversammlung setzte die Berathung des Armeecadres-Gesetzes fort, verwarf einen Antrag, nach welchem jedes 2. Regiment der Artillerie nur 12 Batterien haben sollte, und beschloß, daß jedes Artillerieregiment aus 13 Batterien bestehen soll. Die Berathung des Art. 6 wurde einstweilen vorbehalten, Art. 7 angenommen. Die Berathung wird Montag fortgesetzt.

† **Paris, 16. Jan.** „Moniteur“ schreibt: Der Nationalversammlung bleibt nur noch übrig, über das unper-

sonliche Septennat Beschluß zu fassen. Wenn auch diese letzte Kombination zu nichte wird, so hat die Versammlung damit ihre konstituierende Gewalt erschöpft.

† **Paris, 18. Jan.** Wahlergebnis in den Hautes Pyrenées: Bonapartist Cascaur hat 29,630, Alcot 23,026 Stimmen erhalten. Zwei Gemeinden fehlen noch.

Spanien.

— Die aus Hendaye über Paris gemeldete Nachricht, daß der „Nautilus“ am Donnerstag Nachmittag 100 Mann gelandet, die Karlisten aus Baranz vertrieben und diese Stadt besetzt habe, enthielt zwar nichts Unmögliches, war aber dennoch von sehr zweifelhafter Zuverlässigkeit. Sie wäre noch weniger glaubwürdig gewesen, wenn die Agentur Havas, welche sie übermittelte, ihre Pflicht gethan und hinzugefügt hätte, daß sie aus karlistischer Quelle stamme. Aus Kiel berichtet man, daß der „Nautilus“ überhaupt nur 60 bis 70 Mann an Bord habe. Ganz richtig kann also die Sensationsnachricht schon deshalb nicht sein. Aus Bayonne telegraphirt man, daß nach Mitteilung aus San Sebastian der „Nautilus“ am Donnerstag Abend, von Santander kommend, im Hafen von Pasajes eingelaufen sei und dort den „Albatros“ erwartete. Jene Ausschiffung sollte Nachmittags um 3 Uhr erfolgt sein; da das Schiff nur Abends schon in Pasajes war, so bliebe nur die Möglichkeit, daß es die Mannschaften alsbald nach Vertreibung der Karlisten wieder an Bord genommen und seine Fahrt fortgesetzt hätte. Es ist jedoch anzunehmen, daß, wenn ein solcher Vorfall stattgefunden hätte, desselben in der Meldung aus San Sebastian Erwähnung gesehen wäre. In Berlin fehlt es überdies noch an jeder Bestätigung der karlistischen Nachricht. Aus Madrid wäre allerdings der leichtschleunige Berichterstatter zu rechnen, da die Verbindung der Küste von Guipuzcoa mit der Hauptstadt nur zu Schiff herzustellen ist, indem die Landwege und Telegraphen in Besitz der Karlisten oder auch ganz zerstört sind. Doch hätte heute vielleicht eine Meldung aus Madrid vorliegen können. Daß ein aktives Vorgehen des deutschen Geschwaders an der spanischen Nordküste nicht ausgeschlossen ist, ergibt sich freilich aus den Vorstellungen, welche die deutsche Regierung bei der spanischen erhoben hat.

Vor einigen Tagen sprachen die französischen Blätter von einer wichtigen Depesche, welche der Herzog Decazes aus Berlin erhalten und die zu einer langen Unterredung mit dem Fürsten Hohenzollern geführt habe. Auf Grund einer ihm von wohlunterrichteter Seite zugegangenen Mitteilung erklärt nun der Pariser Berichterstatter der „Times“, daß jene Depesche und Unterredung sich auf einen Erlaß an die deutschen Gesandten im Auslande bezogen, worin die deutsche Regierung ihr Verhalten in Bezug auf die Gustav-Angelegenheit klarstellte. Während sie das berechtigte Selbstgefühl der spanischen Regierung zu achten wünsche, fügte sie sich doch zugleich verpflichtet, der öffentlichen Meinung in Deutschland eine Genugthuung für die der deutschen Flagge angehanen Beleidigungen zu verschaffen. Aus Zeugenaussagen und unanfechtbaren Thatfachen gehe hervor, daß die Mannschaft der Brigg Gustav nicht in der Lage gewesen sei, für die Sicherheit des Schiffes zu sorgen, da sie gezwungen worden, sich vor den Schiffen der Karlisten zu verstecken. Die deutsche Regierung habe die Anerkennung der Regierung Serrano's befördert, um die Elemente der Ordnung, deren zur Bemeisterung des Aufstandes und zum Schutze der eigenen wie fremden Staatsangehörigen gegen solche Angriffe bedürfte, in seine Hände zu legen. Sie wünsche die neue spanische Regierung mit denselben Elementen ausgerüstet zu sehen und sei geneigt, auch gegen sie die freundschaftliche Haltung anzunehmen, von welcher sie der früheren Regierung gegenüber nie abgewichen sei. Sie wende sich daher zuerst an die neue spanische Regierung, um von ihr die der deutschen Flagge geschuldete Genugthuung zu erwidern; unterlasse aber nicht, zu bemerken, daß sie selbst, wenn die spanische Regierung nicht im Stande wäre, ihr die Genugthuung zu schaffen, sich an dieselbe wenden würde, um die Maßregeln zu vereinbaren, durch welche der Zweck am besten erreicht werden könnte, ohne das gerechte Selbstgefühl der spanischen Regierung zu verletzen. Der Berichterstatter bemerkt, daß seit dem Erlasse des Rundschreibens die spanische Regierung sich bereit erklärt habe, auf die deutsche Forderung einzugehen; und daß, da die Sache somit erledigt sei, die Unterredung des Fürsten Hohenzollern und des Herzogs Decazes sich auf einen Austausch höflicher, formeller Mittheilungen beschränkte. Als eine Bestätigung dieser Erledigung wird die Berliner Nachricht aufzufassen sein, daß die spanische Regierung drei Kriegsschiffe in die Gewässer von Baranz gegen die Karlisten gesandt habe. Die deutsche Flagge wird dort bald durch fünf Schiffe, vielleicht durch noch einige mehr vertreten sein. (K. Z.)

Belgien.

* **Brüssel, 14. Jan.** Das „Center Journal“ meldet, der Justizminister de Landheere werde, dem Andringen des Episkopats nachgebend, demnachst die Aufhebung des Ehehindernisses-Gesetzes bei den Kammern in Vorschlag bringen.

Großbritannien.

† **London, 16. Jan.** Gladstone zeigte der Königin seinen Entschluß an, die Führerschaft der Liberalen niederzulegen. Die Königin drückte ihr lebhaftes Bedauern darüber aus und äußerte wiederholt den Wunsch, zum Zeichen ihrer königl. Huld und Gnade der Gattin Gladstone's, wie früher der zur Gräfin Beacogsfeld erhobenen Gattin Distraet's, einen Adelstitel verleihen zu dürfen. — Nach einem Telegramm des englischen Konjunks in Bangkok ist zwischen dem ersten und dem zweiten König von Siam ein Konflikt ausgebrochen. Letzterer flüchtete in die Wohnung des Konjunks. Zur Wahrnehmung der Interessen der britischen Unterthanen ist das Kanonenboot „Tietie“ nach Bangkok geschickt.

† **Dublin, 15. Jan.** Die Zeitungen veröffentlichten eine amtliche Bekanntmachung des Gouverneurs, durch welche die Ausnahmegesetze in den Bezirken Limerick und Ros-

common sowie in den Grafschaften Mayo und Tipperary aufgehoben werden.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Jan. Der Minister des Aeußern, **Karışık Paşa**, hat seine Demission eingereicht. An seine Stelle tritt der bisherige Unterrichtsminister, **Safvet Paşa**.

Amerika.

Washington, 16. Jan. Der Bericht der nach Louisiana entsendeten Untersuchungskommission konstatirt, daß die konservative Majorität Louisiana's legal gewählt sei. Zu Boston fanden Meetings statt, welche sich über das Verhalten der Bundesorgane mißbilligend aussprachen.

Die „Times“ meldet aus Washington: Das Kabinett und die republikanische Partei stimmen der Votenschaft zu. Der gemäßigte Ton und die Uebertragung der Entscheidung an den Kongreß beruhigen die öffentliche Meinung.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 18. Jan. Der Abend des 16. Jan. hatte eine größere Anzahl (über 70) hiesige Bewohner, meist Künstler und Beamte, im Speisesaal des Hotels Große versammelt. Die Feier galt unserem berühmten Mitbürger Prof. Gude, um ihm die allgemeine Freude darüber auszudrücken, daß er eine an ihn ergangene ehrenvolle Berufung nach Berlin abgelehnt und sich entschlossen hat, in Karlsruhe zu bleiben. Das Fest erhielt dadurch eine ganz besondere Auszeichnung, daß Sr. Königl. Hoheit der Großherzog, der Einladung des Festkommittes folgend, dasselbe mit seiner Gegenwart besuchte und bis zum Schlusse des Festmahls anwesend blieb. Ihm galt zunächst, durch Herrn Staatsminister Dr. Solly ausgesprochen, der ehrfurchtsvolle Dank der Versammlung. Er habe Gude unserem Lande und unserer Stadt erhalten, auch hier wieder seine warme Theilnahme für alle edlen und idealen Bestrebungen betätigt. Sei irgend etwas in seinen Händen, diesen Dank noch zu feiern, so sei es seine persönliche Anwesenheit bei diesem Feste. Ein begeistertes Hoch schloß die Ansprache auf welche dann der Trinkspruch auf den Gefeierten selbst folgte.

Staatsminister Dr. Solly wies den verehelichten und erhebenden Einfluß, welchen ein bedeutender Künstler, wie G., ausübe, und indem er als die besondere Individualität desselben die in allen seinen Bildern hervorretende Verbindung geistiger Freiheit mit der vollkommensten Keinheit und Keuschheit des Empfindens hervorhob, fand er eben darin den Grund, durch welchen der gefeierte Künstler auch als Mensch die Neigung Aller gewinne, die ihm rasche treten.

Der ersten und warmen Begrüßung Gude's folgte ein außerordentlich ansprechender, humoristischer Trinkspruch des Gossanpietiers Mebe welcher die Geschäfte unseres norwegischen Künstlers als einen mittelalterlichen Normannenzug in stillstehenden Hermetern schilderte.

Professor Gude sprach dann seinen Dank aus, indem er die ihm gewordenen Ehre der Kunst zuwandte, als deren Vertreter er an diesem Tage gefeiert werde. Ihr und ihrer ferneren Blüthe an unserem Orte galt sein Trinkspruch.

Während einige Festredner nun die Frau Großherzogin und die Familie des Prof. Gude feierten, hob Herr Zittel seine Eigenschaften als Lehrer hervor, schilderte die Freundlichkeit und Milde, mit welcher er seinen Schülern und Schülern entgegenkomme. Direktor Wendt aber glaubte einen Teil des Verdienstes, ihn uns erhalten zu haben, auch der Stadt Karlsruhe zuwenden zu müssen, welche in hervorragender Weise ein Vereinigungspunkt geistigen Lebens sei. Gerade die Pflanze oder Kunst gebe demselben einen idealen Zug. Mit dem Wunsche, daß dies stets so bleibe und die Stadt selbst große Künstler stets zu ehren wisse, brachte er der Stadt Karlsruhe ein Hoch aus.

Hierauf erhob sich Sr. Königl. Hoheit der Großherzog. In längerer Rede sprach er zunächst seine Freude aus, dem Feste beizuwohnen zu können. Dann schilderte er in unmittelbarem Anschlusse an den letzten Trinkspruch die große Bedeutung deutscher Kunst in der Vergangenheit, wo sie neben der Wissenschaft vor Allem die Nation geeinigt habe, bis die Neugründung des Reiches erfolgt sei. Jetzt komme Alles darauf an, Erworbene zu sichern, und da wende sich denn — zunächst in den Tagen der Schlachten von Belfort — der Gedanke von selbst demjenigen zu, von dem wir wüßten, daß er mit starker Hand seine Grundlagen für die Zukunft des deutschen Volkes gelegt habe. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Wilhelm schloß die Rede.

Nach manches ernste und muntere Wort zeugte von der allgemein gehobenen und erregten Stimmung. Es war wohl keiner unter den Theilnehmern, der nicht das in einer der Festreden ausgesprochene dankbar freudige Gefühl getheilt hätte, daß ein solches Fest gerade nur bei uns möglich sei.

Karlsruhe, 18. Jan. Vier Jahre sind vorüber, seit die deutschen Truppen vor Belfort drei Tage lang in zähem Widerstande das verzweifelte Aufstehen der französischen Oskarme unter Bourbaki zurückwiesen und damit die Kraft dieser Truppen für immer brachen. Die Erinnerung an diese Vorfälle, die den deutschen Söhnen vor den Schrecken und dem Glande einer feindlichen Invasion bewahrte, war in den letzten Tagen wieder im ganzen Lande lebendig und wurde überall festlich begangen. Auch der „Militärverein Karlsruhe“ sah seine Mitglieder und Gäste in ungewöhnlich großer Zahl in der Clever'schen Bierhalle zur Feier jener Gedentage vereinigt. Der 1. Vorstand des Vereins, Hr. Hauptmann a. D. Schneider, begrüßte die Anwesenden in gewandter, marfager Rede, in welcher er auf den gegenwärtigen Festanlaß, sowie die materiellen und idealen Zwecke des Vereins hinwies und die mit einem freudigen Hoch auf den Deutschen Kaiser schloß. Unter den Klängen der guten Musik des Vereinsorchesters und unter Gesangs- und andern Vorträgen verließ der Abend in heiterster und anregendster Weise.

Heute, an dem letzten der drei Gedentage an den Kampf von Belfort, der zugleich mit dem wichtigsten Tage zusammenfällt, wo im stolzen Königsschloß zu Versailles das deutsche Kaiserreich in nie gekannter Kraft neu erkant, heute prangten das Rathhaus hier und andere öffentlichen Gebäude im festlichen Schmucke der deutschen und der Landesfarben.

Heidelberg, 15. Jan. Die Wintervergnügungen folgen gegenwärtig hier rasch auf einander. Am Dienstag gab die Musikgesellschaft in dem für solche Zwecke gemieteten Saale der Harmonie, da ihr eigener Saal im Umbau begriffen ist, ihren letzten Win-

terball, welcher außerordentlich stark und viel stärker als die vorhergehenden besucht war. Gestein fand unter der bewährten Leitung des Hrn. Musikdirektors Koch das dritte Abonnementkonzert des Instrumentalvereins statt, und schon ist für den kommenden Dienstag ein Konzert der Violin-Virtuosa Fräulein Summler angekündigt. Die Letztere hat schon vor mehreren Jahren hier Konzerte gegeben und steht von jener Zeit her noch in gutem Andenken. Am Mittwoch der nächsten Woche endlich wird der in die Räume des „Prinz Mar“ übergesetzte Liedertanz ein Maskentanzchen veranstalten. — Man ist hier einigermassen im Zweifel darüber, ob es gelingen wird, für den derzeitigen städtischen Musikdirektor, welchem wegen stätigehalter Mißbilligkeit gekündigt wurde, einen vollen Ersatz zu gewinnen. Unter seiner Leitung sind die Leistungen des Stadtorchesters in solchem Grade besser geworden, daß selbst Nichtfachverständigen der Unterschied aufsteht. Um für die Zukunft eine Wiederholung von Streiliten unmöglich zu machen, wird vorgeschlagen, entweder in die Musikkommission, welche die Oberaufsicht über das Stadtorchester führt, keinen konkurrierenden Musikdirektor mehr zu wählen, oder aber das Musikwesen gänzlich der Privatthätigkeit zu überlassen, und sich von Seite der Gemeinde nichts mehr darum zu bekümmern. — Von allen hier erscheinenden Blättern beschäftigt sich keines eifriger mit den bevorstehenden Gemeindevahlen, als der neue Anzeiger, der in seinem Sprechsaal immer wieder auf dieses Thema zurückkommt, und zwar in einer Weise, welche der Vermuthung Raum gibt, daß mehr für und gegen bestimmte Persönlichkeit, als im Interesse der Sache gekämpft werde. — Der Heidelberger Militärverein gibt morgen Abend im Gartenlaale der Harmonie zur Feier der Belfort-Tage ein Bankett mit Musik und hat seine ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder dazu eingeladen. — Ebenfalls morgen wird im Rathhause in Karlsruhe eine Besprechung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Heidelberg stattfinden.

Heidelberg, 16. Jan. Für das Studienjahr 1875—1876 ist Hr. Geh. Rath Kunz Fischer zum Prorektor der Universität gewählt worden, und zwar erfolgte seine Wahl mit Stimmeneinhelligkeit, während der letztjährige Prorektor mit 16 gegen 15 Stimmen gewählt worden war, also nur eine einzige Stimme Majorität hatte. Vorhanden gewesene entgegengesetzte Strömungen unter den akademischen Lehrern scheinen demnach in der Ausgleichung begriffen und außerdem auch das Verbleiben Kunz Fischer's an der Heidelberger Universität zunächst gesichert zu sein.

Mannheim, 16. Jan. Wenn der hiesige „Anzeiger“ in diesen Tagen die in Konjunktur zwischen der national-liberalen Partei und den Arbeitern gepflogenen Verhandlungen zu einem Anschlusse auf die hiesigen National-Liberalen benutzte, so geschah dies sehr zur Unzeit, da letztere zwar nicht mit den Sozial-Demokraten in Unterhandlung traten, wie solches Seitens der hiesigen Demokraten geschehen ist, wohl aber längst Fühlung mit dem gesunden Besatze der hiesigen Arbeiterbevölkerung besitzen, wofür der Umstand spricht, daß in dem Wahlauflasse des national-liberalen Vereins sich Hr. Karl Götz, der Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins, ein warmer Vaterlandsfreund und trefflich gebildeter Mann, befindet. Auch dürfte der große Kartage fest zu g, den die langjähigen Arbeiter, 300—400 Mann stark, ihren Arbeitgeber brachten, in bereiter Weise für die wahren Bestimmungen unserer Arbeiter sprechen; dem statlichen Zuge wurde die auf hiesigem Rathhause so lange verpönte und nur mit Strahlen aufgenommene deutsche Fahne vorangetragen und die Musik ließ immer aufs neue die „Wacht am Rhein“ ertönen. Unter diesen Arbeitern befindet sich ein starkes Kontingent neuer Stadtbürger und es wird jeden Vaterlandsfreund auf das Höchste erfreuen müssen, daß diese Stadtbürger mit dem Eintritt in das neue Jahr, wenn auch bei dem außerordentlichen Anlasse einer Lohn-Frage, dem Gefühle ihrer Zufriedenheit und Dankbarkeit durch die Klänge eines vaterländischen Liedes Ausdruck gegeben haben. Wohl mag dieser Fadelzug als ein frohes Angebinde zur neuen Aera unseres Städtelebens gelten!

Vermischte Nachrichten.

Rom, 16. Jan. Graf Saxola wurde zum Gesandten in St. Petersburg ernannt.

Nachricht.

Berlin, 17. Jan. Dem „Staatsanzeiger“ zufolge sind folgende Ordensverleihungen erfolgt: Generalleutnant v. Berger in Ulm und Generalleutnant v. Prigelwitz in Karlsruhe erhielten den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern, Generalleutnant v. Gahl in Naßau den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, Bezirkspräsident Ernsperger und Vizipräsident Ledderhose in Straßburg den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, Oberst Kraus von G. badiſchen Infanterieregiment den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, die Professoren Barak, Hoppe-Seiler, Kluppen und v. Neckinghausen in Straßburg den rothen Adlerorden vierter Klasse, Bezirkskommandeur Oberst Menning und Archidirektor Spach in Straßburg den Kronorden dritter Klasse, Kommerzienrath v. Meichroder und Professor Mommsen den Kronorden zweiter Klasse, Gerhard Rohlf's in Weimar den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, der deutsche Gesandte in München, Gehr. v. Werthern, und Geh. Rath Eck im Reichstanzler-Amte den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, der deutsche Gesandte in Washington, v. Schölger, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und der General-Telegraphendirektor v. Meydam den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern.

Berlin, 18. Jan. Abgeordnetenhause. Bei der Präsidentswahl wurde v. Bennigsen mit 292 von 295 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt, Löwe mit 211 zum ersten, Bethusy-Huc mit 186 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Julda, 18. Jan. Das hiesige Priesterseminar wurde heute durch den Landrath geschlossen. Die Alumnus und Lehrer haben dasselbe alsbald verlassen.

Bayonne, 17. Jan. Die Gerüchte der republikanischen Pronunciamientos in Spanien entbehren nach den bisher hier vorliegenden Meldungen jeder thatsächlichen Grundlage.

Madrid, 16. Jan. Der König hat heute das Dekret

in Betreff des wegen der Coupons der äußeren Schuld getroffenen Arrangements unterzeichnet; ferner ein Dekret, das das Einkommen der Geistlichkeit regelt. Der König hat sich dahin ausgesprochen, daß er den kat hol. Klerus achte und ihm unterstützen werde; er drückte aber zugleich bestimmt den Wunsch aus, daß in Spanien die Freiheit der Kulte aufrecht erhalten werde, wie solche in den zivilisirten Ländern bestehe. In derselben Weise sprach der König den dringenden Wunsch aus, daß die Generale in Zukunft der Politik fern bleiben. — Heute sollten die Bewegungen der Truppen zum Entsatze Pampeionas beginnen. Die Abreise des Königs bleibt auf Montag festgesetzt. — Der Vertreter Rußlands und andere Diplomaten begeben sich heute in's Schloß, um den König im Namen ihrer Souveräne zu begrüßen. — Die Stadt Madrid hat dem hiesigen Vertreter des Hauses Erlanger die zur Bezahlung der im Jahre 1871 gezeichneten Loose des Anlehens von 1868 erforderlichen Gelder übergeben.

Madrid, 18. Jan. Die Kriegsschiffe der Regierung sind gestern Abend vor Baranz eingetroffen und bereiten ein alsbaldiges, energisches Vorgehen gegen die Karlisten vor.

Frankfurter Kurszettel.

(Die festgedruckten Kurse sind vom 18. Jan., die übrigen vom 16. Jan.)

Staatspapiere.		
Bremen 4 1/2% Obligationen	106 1/2	Preuss. 4 1/2% Obl. i. Fr. a. 22fr. 95 7/8
Baden 5% Obligationen	105 3/4	„ 4% i. Thl. a. 105fr. 95 7/8
„ 4 1/2%	102 1/2	Rußland 5% Obligat. v. 1879
„ 4%	98 7/8	£ à 12. 103 3/4
„ 3 1/2% Oblig. v. 1842	93 1/2	5% do. von 1871 100 3/4
Bayern 4 1/2% Obligationen	101 1/2	do. von 1872
„ 4%	98	Schweden 4 1/2% do. i. Thl. 99 3/4
Württemberg 5% Obligat.	106 1/4	Schwed. 4 1/2% Bern. Etsschl.
„ 4 1/2%	102 1/2	N. Amerika 6% Bonds
Raffau 4% Obligationen	98 7/8	1862 v. 1862 98 7/8
Gr. Hesse 4% Obligation.	99 3/4	„ 6% do 1863
Cest. 5% Silberrente	69 1/2	„ 5% do 1865
„ 4 1/2%	69 1/2	„ 5% do 1866
„ 5% Papierrente	64	„ 5% v. 1864 99 3/4
„ 4 1/2%	64	„ Spanische 22 7/8
		„ 101 1/4

Actien und Prioritäten.		
Badische Bank	109 3/4	5% März-Oblig. Pr. i. S. 70
Frankf. Bankverein	80 3/4	5% Böh. Weib. Pr. i. S. 97 1/2
Deutsche Vereinsbank	85	5% Oslab. B. Pr. i. S. 1. C. 84 1/2
Provinzialdiskonto	81 1/2	5% do. 2. C. 83 1/2
Darmstädter Bank	145 1/2	5% do. steuerfr. neue 88 1/2
Oesterr. Nationalbank	87 1/2	5% do. (Neumarkts-Fieb.) 90 1/2
Württemberg. Vereinsbank	129 1/2	5% Donau-Drain 65 1/2
Oesterr. Kredit-Actien	207 1/2	5% Pr. 3. Pr. Prior. 92 1/2
Mitt. deutsch. Kreditbank	91	5% Kronpr. Pr. v. 67/68 85
Rheinische Kreditbank	98 1/2	5% Kronpr. Pr. v. 1869 84 1/2
Badischer Bankverein	88 1/2	5% Pr. 4. Pr. v. 1869 87 1/2
Brüsseler Bank	102 1/2	5% Pr. 5. Pr. v. 1869 71 1/2
Berliner Bankverein	79 1/2	5% Pr. 6. Pr. v. 1869 79 1/2
Stuttgarter Bank	—	5% Pr. 7. Pr. v. 1869 62 1/2
Deutsche Effektenbank	112	5% Pr. 8. Pr. v. 1869 67 1/2
Oest. deutsche Bank	85 1/2	5% Pr. 9. Pr. v. 1869 70 1/2
4 1/2% bayr. Dbl. à 200 fl.	111 1/2	5% Pr. 10. Pr. v. 1869 75
4 1/2% pfl. Magdab. 500 fl.	116 1/2	5% Pr. 11. Pr. v. 1869 87 1/2
4% Hess. Ludwigsbahn	116	5% Pr. 12. Pr. v. 1869 49 1/2
3 1/2% Oberhess. Gimb. 850 fl.	71 1/2	5% Pr. 13. Pr. v. 1869 98 1/2
3 1/2% Pr. 14. Pr. v. 1869	268 1/2	5% Pr. 15. Pr. v. 1869 64 1/2
5% Pr. 16. Pr. v. 1869	115 1/2	5% Pr. 17. Pr. v. 1869 102 1/2
5% Pr. 18. Pr. v. 1869	134 1/2	5% Pr. 19. Pr. v. 1869 97 1/2
5% Pr. 20. Pr. v. 1869	172 1/2	5% Pr. 20. Pr. v. 1869 81 1/2
5% Pr. 21. Pr. v. 1869	133 1/2	5% Pr. 21. Pr. v. 1869 57 1/2
5% Pr. 22. Pr. v. 1869	121	
5% Pr. 23. Pr. v. 1869	167	
Galizier	218	

Anleihenloose und Prämienanleihen.		
Göln-Rindener 100-Thaler-Loose	105 3/4	Deftr. 4% 250 fl. Loose v. 1864 109
Bayr. 4% Prämien-Anl.	120 3/4	„ 5% 500 fl. v. 1860 112 1/2
Badische 4% do.	118 3/4	„ 100 fl. Loose v. 1864 297 1/2
„ 3 1/2% do.	124	Ungar. Staatsloose 100 fl. 175, 20
Prämien-Anl. 20-Jähr.-Loose	74	Maab-Graber 10-Jähr.-Loose 83 1/2
Großb. Hessische 50 fl.-Loose	109	Schwedische 10-Jähr.-Loose 46, 20
„ 25 fl.-Loose	109	Rheinländer 10-Jähr.-Loose 38
Ansbach-Gunzenhau. Loose	24, 96	Westphäl. 7-Jähr.-Loose 17, 60
		5% Oldenburger 40-Jähr.-L. 105 1/2

Wechselkurse, Gold und Silber.		
London 10 Pfd. St. 6%	204,60	Holländ. 10 fl.-St. N. 16,85—90
Paris 100 Fr. 6%	81,40	Ducaten „ 9,58—68
Wien 100 fl. öst. W. 5%	183	20-Francs-St. „ 16,24—28
		Engl. Sovereigns „ 20,46—51
Disconto 1/8	4 1/2%	Russische Imperial „ 16,80—85
Breslauer-Friedrichs'or W.	—	Dollars in Gold „ 4,17—20
Pistolen	16,60—65	Dollarscoupon „ —

Berliner Börse, 18. Jan. Kredit 4 1/2%, Staatsbahn 536, Lombarden 230,50. Tendenz: schwach.

Wiener Börse, 18. Jan. Kreditaktien 227,75, Lombarden 127,50, Anglobank —, Unionbank 139,50, Napoleons'or 8,89 1/2. Tendenz: Kredit fest, sonst matt.

Weitere Handelsnachrichten in der beiliegenden Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Paul Fretschmar in Karlsruhe.

Großh. Hoftheater.

Dienstag, 19. Jan. 2. Extra-Vorstellung außer Abonnement zu halben Preisen: Egmont, Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. Musik von Beethoven. „Märchen“ — Fein. Braun vom landschaftlichen Theater in Graz als Gast. — Anfang 6 Uhr.

Donnerstag, 21. Jan. 2. Extravorstellung außer Abonnement zu halben Preisen. Götter von Verlichingen, Schauspiel in 5 Akten, von Goethe. Anfang 6 Uhr.

Freitag, 22. Jan. 1. Quartal. 12. Abonnementsvorstellung. Der Maurer und der Schlosser, Oper in 3 Akten, von Auber. Anfang 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 20. Jan. Iphigenia in Aulis, Oper in 3 Akten, von Gluck. Anfang 7 1/2 Uhr.

N.887.1. In der Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Statut der großherzoglichen Hof- u. Landesbibliothek.

Preis 30 Pf.
G. Braun'sche Hofbuchhandl. in Karlsruhe.

Frau Braun von Heilbronn kommt Dienstag den 19. v. Mittwoch den 20. Januar nach Karlsruhe, Hotel Gröner Hof, und ist von früh 8 Uhr an von allen an Entlohnungen, Vorfällen, Kränkchen, und von allen häuslichen Leiden zu sprechen. N. 793.

N.869.1. Offenburger. **Polizeidiener-Stellen.** Zwei neu errichtete städtische Polizeidiener-Stellen sollen durch taugliche Männer alsbald besetzt werden. Gehalt je 860 M. Gesuche — mit Zeugnissen belegt — sind bis zum 31. d. Mts. anher einzureichen. Offenburger, den 13. Januar 1875. Der Gemeinderath. Schalte. Miltner.

Kellner-Gesuch. Eine erste Kellner-Stelle ist durch einen gewandten jungen Mann, der mit der englischen und französischen Sprache vertraut ist, zu besetzen. N.868. Franco-Offerten nebst einer Abschrift der Zeugnisse befördert die Exped. d. Bl.

Jahresstelle als Oberkellner. N.886.1. Gesucht wird ein tüchtiger junger Mann in ein Hotel, welcher vollkommen französisch spricht (Englisch erwünscht, nicht unumgänglich notwendig) und eine erste Stelle bekleiden kann. Eintritt 1. Februar 1875. Offerten werden erbeten durch die Agentur von Haasen-Rein & Vogler. C. Wild's Buchhandlung Baden-Baden.

Stelle-Gesuch. N.841.2. Ein junger Mann, der französisch und englisch Sprache mächtig, sucht Stelle als Kellner oder Oberkellner. Franco-Offerten befördert unter Nr. 99 die Expedition dieses Bl.

N.871.1. Freiburg i. B. **Als erster Kellner wird gesucht** ein gewandter junger Mann, auf längere Dauer unter vortheilhaften Bedingungen von C. Fyhrer zum Kopf in Freiburg i. B. Bevorzugt wird Derjenige, welcher nicht nur gute Zeugnisse aus ähnlichem Wirkungskreise hat, sondern auch längere Zeit auf einer Stelle war; der Eintritt könnte bald erfolgen.

N.885.1. Offenburger. **Offene Lehrlingstelle.** In meinem Colonial- und Farbwarengeschäfte ist eine Lehrlingstelle zu besetzen. Kost und Wohnung im Hause. Vbh. gütlich. Math. Walther.

Das Mädchen-Institut Karoline Lindner in Frankfurt a. M. 53 Mainzer Landstraße, nimmt zu Ostern neue Schülerinnen auf. Besondere Pflege der fremden Sprachen; vorzügliche Lehrkräfte; gesunde Lage, kräftige Nahrung; gute Referenzen; mäßige Preise. Prospekte belegen das Nähere. N.720.2. Dresden.

Bouquets frischer Blumen berühmter Dresden Dessins. Preise 3—75 Mark. Vorherseinsendung. Th. Schmidt, Dresden, Hoflieferant. Königlich Grosser Garten-Telegramme: Contor Stralauerstrasse 5.

„Weinlaube“ illustrierte Zeitschrift für Weinbau und Kellerwirtschaft, herausgegeben von A. W. Freiherrn von Babo, redigirt von Dr. A. Zuchristan, sechster Jahrgang. Abonnent: halbjährlich 6, ganzjährlich 12 deutsche Reichsmark mit freier Postverendung. Die P. T. ganzjährigen Abonnenten erhalten gratis den Weinbau-Kalender 1875, unter anderen beschriebenen Artikeln eine ausführliche Abhandlung über Phylloxera vastatrix (Wurzelschädling des Rebstockes) enthalten.

Illustrirter Katalog des Commissions-Geschäftes der permanenten Ausstellung von Weinbau- und Kellergeräthen (120 Abbildungen) auf Verlangen gratis. Anfragen, Bestellungen und Gebührende wolle man franco richten an die Administration der „Weinlaube“ in Klosterneuburg bei Wien.

Actiengesellschaft für Schuhfabrikation in Gondorf.

Die Herren Actionäre werden zu den ordentlichen Generalversammlung auf den 1. Februar d. J. Nachmittags 2 Uhr, in das Fabrikslocal eingeladen. Tagesordnung: Eröffnung des Rechnungsergebnisses für 1874. Gondorf, den 14. Januar 1875. H. Krieche. F. K. Pfele. N.876.

„Unverbrennliche Schlackenwolle“

auf den Fr. Krupp'schen Werken hergestellt. Als schlechtester Wärmeleiter empfiehlt sich dieses Material, welches Leichtfesteit mit lose gepulvert Baumwolle hat, zur Befeldung von Dampffeldern, Dampf- und Windleitungen etc., sowie als Füllung für Isolirwände von Wohnungen, Lazarethen u. dergl. Ihre chemische Zusammenetzung macht sie ferner geeignet, den Einflüssen der Feuchtigkeit wie der Witterung überdauert, und schneller Temperaturwechsel zu widerstehen, so daß sie auch bezüglich ihrer Dauerhaftigkeit andere, zu demselben Zwecke empfohlene Isolirkörper übertrifft. Proben und Prospekte stehen zur Verfügung.

Allein-Verkauf bei M. Rose & Comp. in Mannheim. Maschinen-Agentur- u. Lieferungs-Geschäft für Fabrikbedarf. Für Frankfurt und Umgegend vertreten durch Fr. Weg in Frankfurt a. M. N.875.2. Mannheim.

Metall-Särge

für Familiengräber, Leichentransporte ins Ausland etc., in allen Größen von 70 ft. bis 400 ft. Teleg. Aufträge werden sofort pr. Eilgut expedirt. Frz. Schörg & Sohn, München, Schwantalerstraße 87.

Lehrerengesuch. N.842.2. Eine protest. Familie im badischen Oberland sucht auf Ostern eine geprüfte Lehrerin zu mehreren Kindern. Gest. Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

Papier- und Schreibmaterialienbranche. N.788.3. Offene Stelle für einen gewandten Commis mit besten Referenzen. Schriftliche Offerten mit Angabe der Salair-Ansprüche unter U641a an Haasen-Rein & Vogler in Mannheim.

N.873.1. Bruchsal. **Schwarzfalk** liefert mit der Bahn nach allen Gegenden. Jos. Grundel, Schwarzaltdrennerer Bruchsal.

Terbranerei-Verkauf. N.883.1. In einer Rantenschmiedehütte des Kreises Schlettstadt, Unter-Elsass, ist eine in jeder Beziehung gut eingerichtete Bierbrauerei mit gutem Lager- und Eislieferung aus freier Hand mit der ganzen Einrichtung unter den annehmbarsten Bedingungen zu verkaufen. Alles Nähere zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

N.851.1. Wolfach. **Floßholz-Verkauf.** Die Fürstlich Försberg'sche Forstrevier Wolfach im Kinzigthale verkauft am Mittwoch den 27. Januar 1875 in ihrem Geschäftszimmer im Commissionswege: 1588 Stämme Eichenholz, 1522 Stämme Buchholz, 235 Stämme Holländerholz und 112 Sägflöße in 3 Wäldchen. Die Angebote sind längstens Vormittags 10 Uhr verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Floßholz“ bei der Fürstlichen Forstrevier Wolfach einzureichen. Auf Anfrage wird nähere Auskunft erteilt.

Am gleichen Tage und Orte Vormittags 11 Uhr werden 629 Stämme Eichen- und Buchholz aus dem Frauenwalde bei Wolfach öffentlich versteigert.

N.875.1. Oberkirch. **Kendthal-Eisenbahn. Schwellenlieferung.** Die Lieferung von 7000 Stück Querschwellen von Eichenholz, 17000 Stück Querschwellen von Nadelholz, 115 Kubikmeter längere Schwellen von Eichenholz, 25 Kubikmeter längere Schwellen von Nadelholz, wird unter unveränderlichen Bedingungen wiederholt zur Submission ausgeschrieben. Angebote sind bei der Bauleitung in Oberkirch bis zum 29. Januar d. J., Mittags, einzureichen. Oberkirch, den 16. Januar 1875. Der bauleitende Ingenieur: Baummeister.

Bürgerliche Rechtspflege. N.166. Nr. 824. Mannheim. Gegen Kaufmann Julius Gernet, Firma: Gernet & Comp., von hier haben wir Sant erkannt, und es wird nunmehr zum Nachvollziehungs- u. Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf Freitag den 12. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr.

Es werden alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich, anzumelden

Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis gefällig wird.

Beinheim, den 14. Januar 1875. Groß. bad. Amtsgericht. Math. K. Urtheil über Forderungen. D.199. Nr. 897. Engen. J. K. E.

gegen Bekrman Johann Hohwegler in Engen wegen unerlaubter Auswanderung.

Wird auf gepflogene Hauptverhandlung zu Recht erkannt: Johann Hohwegler von Engen sei der unerlaubten Auswanderung für schuldig zu erklären und deshalb zu einer Geldstrafe von zwanzig Thalern, sowie zu den Kosten des gerichtlichen Verfahrens zu verurtheilen. S. R. B.

So geschieden, Engen, den 15. Januar 1875. Groß. bad. Amtsgericht. v. Stettin.

Berm. Bekanntmachungen. Steigerungs-Aukundigung.

N.879. Meersburg. In Folge richtiger Verfügung werden am Dienstag den 16. Februar 1875, Vormittags 10 Uhr, in der Gemeindehube zu Ahausen aus der Gantmasse des Mathias Hamma von da die unten beschriebenen Liegenschaften der Bemerkung Ahausen öffentlich versteigert und als Eigentum endgültig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.

Beschreibung der Liegenschaften. 1. Zg. Nr. 695; ein zweiflügeliges Wohnhaus mit Scheuer, Stall und Schweinbänken, im Mittelort. 3172 M. 2. Zg. Nr. 696; 9 Ar 2/27 Meter Heide, Garten und Pflanz. 843 M. 3. Zg. Nr. 697; 62 Ar 37 Meter Acker in Schretzwiesen. 900 M. 4. Zg. Nr. 697; 34 Ar 29 Meter Wiese alda. 490 M. 5. Zg. Nr. 697; 36 Ar Wiese in Reuthenen. 515 M. 6. Zg. Nr. 698; 61 Ar 83 Meter Acker in Brenngarten. 730 M. 7. Zg. Nr. 698; 2 Hektar 76 Ar 93 Meter Acker alda. 2571 M. Summe. 8711 M.

Meersburg, den 15. Januar 1875. Groß. Notar Steph. Rudmann.

N.862. Nr. 46. Wosbach. **Eisenbahnbau von Eberbach nach Jagfeld. Vergebung der Aufnahme von Situationsplänen.** Die Vermessung und Kartirung des von der Eisenbahnlinie von Eberbach nach Jagfeld auf den babilischen Gemarkungen verlaufenden Geländes beabsichtigen wir, soweit dieselbe zu Jt. noch nicht erledigt ist, in Abtheilungen in Auftrag zu geben, weßhalb hierauf interessirte Herren Geometer zur Einsicht der auf diesbezüglichem Bureau aufgestellten Uebernahmungsbedingungen mit dem Entschluß eingeladen werden, mit uns in Unterhandlung zu treten und Anerbietungen für Uebernahme der Vermessung in einer oder mehreren Gemarkungen und Aufzeichnung von Situationsplänen hierüber längstens bis Ende laufenden Monats schriftlich anzureichen.

Wosbach, den 14. Januar 1875. Groß. Eisenbahnbau-Inspektion. Derrn.

N.881.1. Nr. 25. Gernsbach. (Holzversteigerung.) Aus diesbezüglichen Domänenversteigerungen versteigern wir mit Borgfrist bis 1. Oktober l. J. 180 Nadelholz-Baumstämme, 7 Röhre, 965 Gerüstlängen, 445 Hopfenlängen I. Kl., 400 II. Kl., 335 III. Kl., 600 Restlängen; 87 Ster Buchen- und Nadel-Scheit- und Prügelholz; 300 Buchene Wellen; aus Distrikt I, Eichelberg, Abth. 2, Oberweierer Schlag; 38 Ster Buchene, birchene und eigenes Prügelholz, 5500 Buchene und 100 birchene Durchsäumungswellen. Die Maßbänder sind in Mischelbach und Greif in Mischelbach werden auf Verlangen das Holz vorgezeigt.

Gernsbach, den 16. Januar 1875. Groß. Bezirksforstrei Rothensfeld. Fürstenerwirth.

N.870.1. Nr. 38. Korl. (Holzversteigerung.) Aus den hiesigen Domänenversteigerungen werden mit unverzinslicher Borgfrist bis 1. Oktober l. J. versteigert: Mittwoch den 3. und Donnerstag den 4. Februar d. J., aus Dist. I Billstetter Wald, Schlag 12: 28 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- und Nadelholz, 39 Erlen- und 16 Eichenstämme, 160 Eichenlängen, 6 Ster Eichen-Prügelholz, 5 Ster Eichen-Prügelholz, 54 Ster Eichen-, 464 Ster Erlen-, 94 Ster

Eichen-, 25 Ster Hainbuchen, 94 Ster Gemischt-Prügelholz und 230 Ster Alpen-, größtentheils zur Papierbereitung geeignete Prügelholz; 12,700 gemischte Wellen und 1 Loos Schlagraam. Freitag den 5. und Samstag den 6. Februar d. J., aus Dist. II Endinger Wald Schlag 23: 45 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- und Nadelholz, 14 Eichen, 58 Erlen, 6 Ulmen-, 5 Birken-Stämme; 14 eichene, 157 eichene und 2 birchene Wagnerlängen; 38 Ster Eichen- und 62 Ster Erlen-Scheitholz; 99 Ster Eichen-, 31 Ster Hainbuchen-, 76 Ster Eichen-, 735 Ster Erlen-, 5 Ster Ulmen- und 66 Ster Gemischt-Prügelholz; 1212 eichene, 2013 erlene und 7400 gemischte Wellen und 1 Loos Schlagraam.

Mittwoch den 8. Februar d. J., aus verschiedenen Schlägen der Distrikte I und II: 48 Eichen-, Bau-, Nadel- und Wagnerholz, 9 Erlen-, Eichen- und Ulmenstämme, 14 Ster Eichen-Nadelstämme, 4 Ster Eichen-Brennstämme, 15 Ster Erlen-, 5 Ster Eichen- und 4 Ster gemischtes Scheitholz, 22 Ster Eichen-, 42 Ster Erlen-, 28 Ster Eichen- und 90 Ster gemischtes Prügelholz; 4542 gemischte Wellen.

Die Zusammenkunft ist an den zwei ersten Tagen im Rathhause in Hesselburg, an den drei letzten Tagen im Rathhause zum Dösch in Hesselburg, jeweils Morgens 9 Uhr. Korl, den 15. Januar 1875. Groß. bad. Bezirksforstrei. Rau.

N.880. Nr. 23. Wiesloch. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald „Schlerberg“ bei Wiesloch werden Freitag den 3. am Samstag den 23. d. M., Morgens 9 Uhr, auf dem Rathhause zu Wiesloch: 95 Ster eichenes Scheitholz; 2 Ster Buchene, 16 Ster eichene, 42 Ster gemischtes Prügelholz; 32 Ster Stochholz; 5750 Stück gemischte, 1200 eichene, 250 Buchene Wellen und 4 Loos Schlagraam. Wiesloch, den 16. Januar 1875. Groß. bad. Bezirksforstrei. G. O. d. l.

N.863.1. Nr. 107. Bruchsal. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald „Schlerberg“ I. 16 und Jungerwald II. 1, 2, 3 werden mit achtmöthlicher Borgfrist versteigert: Montag den 25. und Dienstag den 26. l. M.

27 Ster eichen Nadelholz, 1264 Ster Buchen, 328 Ster eichen und 106 Ster gem. Scheitholz; 401 Ster Buchen, 107 Ster eichen und 101 Ster gem. Prügelholz; 689 Ster gem. Stochholz; 8175 Stück Buchene und 4100 Stück gemischte Wellen. Zusammenkunft je früh 9 Uhr zu Hambrücken im Engel. Bruchsal, den 15. Januar 1875. Groß. bad. Bezirksforstrei. Wenzler.

N.874. Nr. 39. Dornheim. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald-Distrikt Steindorf, zwischen Dornheim und Waldangelloch gelegen, werden versteigert: Freitag den 22. d. M.: 8 Stämme, 4 Buchstämme, 2 Hainbuchenstämme, Holländer-, Bau- und Nadelholz, 258 Ster Buchene Scheiter, 44 Ster eichene Scheiter, 52 Ster Prügelholz, 92 Ster Stochholz und 5375 Wellen.

Zusammenkunft zur Versteigerung des Brennholzes Morgens 9 Uhr, zur Versteigerung der Stämme Mittags 12 Uhr im Schlag. Dornheim, den 16. Januar 1875. Groß. bad. Bezirksforstrei. Widmann.

N.884. Bonn. **Prüfendenausschreibung.** Die auf Grund des Art. 4 Ziff. 1 und 2 des Gesetzes vom 15. Juni 1874 der meiner Leitung anvertrauten (Mit-)Katholiken-Gemeinschaft in Säckingen überwiegene St. Fribolinskaplanatsprüfung im Betrage von 490 fl. und dem dazu gehörigen Kaplanatsgebühren, und die Kantorskaplanatsprüfung im Betrage von 530 fl., beide Prüfungen in Güternutzung und Naturalkompetenzen bestehend, werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber haben ihre mit den Zeugnissen über Alter, bisherige Dienstleistung, sittliches Verhalten u. f. w. belegten Gesuche an den Unterzeichneten, unter freier Freieileichung die beiden Prüfungen setzen, binnen sechs Wochen einzureichen. Bonn, den 17. Januar 1875. Der katholische Bischof: Joseph Hubert Keintenz.

N.888. Sulzbürg. **Nadelholzversteigerung.** Aus den Domänenversteigerungen Groß- und Klein-Klosterwald bei Sulzbürg werden mit halbjähriger Zahlungsfrist versteigert: Dienstag den 26. Januar d. J.: 8 Eichen-, Buchstämme; 108 Tannen-, Eichen- und 75 Buchstämme, 13 tannene Säglöße; 8 Eichen-, 5 Eichen-Stangen, 26 Tannen-Bau- und 410 Gerüst- und Leiter-Stangen, welche auch zur Verarbeitung zu Restlängen geeignet; 50 tannene Baumstämme, 775 Hopfenlängen, 1200 Restlängen, 350 Bohnenlängen und 4 Ster tannene Nadelstämme. Aufgang früh 9 Uhr auf dem Holzplatz im Klosterwald unweit Sulzbürg. Sulzbürg, den 17. Januar 1875. Groß. bad. Bezirksforstrei. Raifer.